



Verkehrsausschuss

3. Sitzung (öffentlich)

9. November 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:34 Uhr bis 15:13 Uhr

Vorsitz: Matthias Goeken (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023) 3**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200 (Haushaltsgesetz 2023)
Drucksache 18/1500 (Ergänzung zum Haushaltsgesetz 2023)

Vorlage 18/361 (Einbringungsbericht zum Einzelplan 10)
Vorlage 18/387 (Erläuterungsband zum Einzelplan 10)

Vorlage 18/374 (Landesstraßenbauprogramm 2023)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

- 2 Das 49-Euro-Ticket kommt! Finanzielle Rahmenbedingungen und konkrete Finanzbedarfe in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]) 7**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/366

– Gespräch mit sachverständigen Gästen

3 Schienenpersonennahverkehr in Nordrhein-Westfalen muss verlässlich sein 23

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1355

– Wortbeiträge

4 Verschiedenes 25

hier: **Absetzung/Ansetzung Ausschusssitzung**

Der Ausschuss beschließt, die eigentlich für den 14. Dezember 2022 terminierte Ausschusssitzung zu streichen und stattdessen vor einer noch zu bestimmenden Plenarsitzung kurz zu tagen, um sich in Sachen ÖPNV-Pauschale zu verständigen.

* * *

3 Schienenpersonennahverkehr in Nordrhein-Westfalen muss verlässlich sein

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/1355

(Überweisung des Antrags an den Verkehrsausschuss am 03.11.2022)

Oliver Krauß (CDU) begrüßt die Behandlung des vorliegenden Antrags im Ausschuss, da die Redezeiten im Plenum nicht ausreichten, um sich in angemessener Weise mit diesem Thema zu befassen. Dort sei sogar die Auffassung vertreten worden, dass es diesen Antrag überhaupt nicht brauche, weil das alles schon gemacht werde.

Es gehe darum, die Attraktivität des umwelt- und klimafreundlichen Schienenpersonennahverkehrs nicht nur zu erhalten, sondern zu erhöhen. In diesem Zusammenhang spielten viele Aspekte eine Rolle: der Coronarettungsschirm, die Erhöhung der Regionalisierungsmittel, der Erhalt und die Weiterentwicklung der Schieneninfrastruktur im bevölkerungsreichsten Bundesland und vor allem ein enormer Fachkräftemangel. Es brauche dringend eine Fachkräfteoffensive, um für die Verkehrsunternehmen Personal gewinnen zu können. Ein weiteres Problem stelle die mangelnde Koordinierung bzw. Kommunikation hinsichtlich der Baustellenplanungen verschiedener Aufgabenträger dar. So komme es vor, dass in Apps Ausweichstrecken für Baustellen angegeben würden, auf denen ebenfalls gebaut werde.

Man müsse klären, wie man künftig mit Verkehrsverträgen umgehe: Wie schreibe man aus? Gebe es Direktvergaben? Welche Instrumente zur Qualitätssicherung könne man stärker berücksichtigen? Wie bereite man sich auf etwaige Unternehmensinsolvenzen vor? Hinsichtlich letzterer Frage müsse man sich allerdings eingestehen, dass man beim jüngst insolvent gegangenen Unternehmen aufgrund der Ausschreibung bzw. des Zuschlags deutlich habe sparen können, weshalb man von der Entwicklung auch nicht überrascht sein dürfe.

Gerade im ländlichen Raum brauche es mehr Schub, und das Angebot müsse ausgebaut werden, da ansonsten auch ein attraktives, durchfinanziertes und im Bestand gesichertes Ticket in der Praxis nicht eingesetzt werden könne. So gebe es etwa keine Mindestbedienungsstandards und keine konkreten Ausbaupläne für überlastete Strecken.

Ihrem Vorredner dahin gehend beipflichtend, dass eine Plenardebatte allein nicht ausreiche, um diesem Thema gerecht zu werden, lässt **Julia Kahle-Hausmann (SPD)** die Kritik folgen, dass vorliegender Antrag zwar gute Ideen enthalte, aber etwas zu oberflächlich ausfalle und zu wenig verbindliche Arbeitsaufträge für Minister Oliver Krischer (MUNV) enthalte. Sollten entsprechend konkretisierte Konzepte bzw. Anträge gewünscht werden, stehe die SPD-Fraktion zur konstruktiven Mitarbeit bereit.

Mit Blick auf die angesprochene Fachkräfte- bzw. Personaloffensive brauche es zunächst ein gut durchdachtes Konzept. Auch hinsichtlich des erwähnten Investitions-

bzw. Ausbauprogramms für die Schieneninfrastruktur fehle es an Substanz. Sowohl der Personennahverkehr als auch der Güterverkehr benötigten neben dem Gleisausbau einen Ausbau der Elektrifizierung, zudem seien Triebwagen bzw. Lokomotiven und Werkstätten erforderlich. Baustellen müssten nicht nur kosten-, sondern auch zeitoptimiert abgewickelt werden. Man möge darüber nachdenken, wie man es verhindern könne, dass das halbe Bundesland lahm liege, weil bestimmte Eisenbahnlinien nicht mehr vernünftig verkehren bzw. überholen könnten.

Es treffe zu, dass es einen anderen Umgang mit Verkehrsverträgen brauche. Spätestens seit der abellio-Pleite wisse man, dass einem durch Ausschreibungen zustande gekommene Dumpingpreise im Nachhinein auf die Füße fielen. Um das für die Zukunft zu verhindern, gelte es, konkrete Maßnahmen zu ergreifen.

Die Diskussionen um Tickets und Infrastruktur müssten zum einen voneinander getrennt und zum anderen unter dem Gesichtspunkt einer komplett neuen Finanzierung des öffentlichen Verkehrs betrachtet werden, da die Kommunen, etwa im Ruhrgebiet, das teilweise nicht mehr leisten könnten. Die Frage, wie man die im Zusammenhang mit den Ticketpreisen und den Investitionsprogrammen stehenden Verluste ausgleichen und eine auskömmliche Finanzierung gewährleisten wolle, bleibe unbeantwortet. Minister Oliver Krischer (MUNV) möge seine übertriebene Sparsamkeit aufgeben und sich in vernünftiger Weise finanziell einbringen, und zwar nicht nur hinsichtlich des 49-Euro-Tickets, sondern auch beim Ausbau der Infrastruktur.

Angesichts des offensichtlich vorhandenen Gesprächs- bzw. Klärungsbedarfs in dieser Sache schlägt **Ina Besche-Krastl (GRÜNE)** vor, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, über deren Modalitäten im Rahmen der Obleuterunde entschieden werden könne.

Dem Vorschlag seiner Vorrednerin zustimmend, ergänzt **Christof Rasche (FDP)**, dass die von den regierungstragenden Fraktionen im Antrag dargelegten Anliegen vollkommen berechtigt und die in den Wortbeiträgen deutlich gewordene Unzufriedenheit mit der derzeitigen Situation absolut nachvollziehbar seien. Der Website zum Landesprogramm „Fokus Bahn NRW“ könne man aber entnehmen, dass diese Probleme benannt und angegangen würden, auch von Minister Oliver Krischer (MUNV).

Allerdings bedürfe es im Bereich des Schienenverkehrs erfahrungsgemäß einer gewissen Systematik, da man ansonsten vorgeführt werde und nichts erreiche. So könnte man beispielsweise die fünf oder sechs einzelnen Bereiche auflisten und bis zum endgültigen Erreichen der Ziele alle drei Monate mittels Zwischenberichten überprüfen, wo man wie viele Fortschritte erziele.

Vorsitzender Matthias Goeken resümiert, dass man das weitere Vorgehen hinsichtlich einer schriftlichen Anhörung in der Obleuterunde besprechen werde.